

# „Demokratie leben!“

**Festrede zur Ausstellungseröffnung**

**in Geiselhöring am 17.05.2010**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Menschen wie die Widerstandskämpfer im Dritten Reich sind überlebensgroß. Aber zum Märtyrertum verdammt, wenn sie einsame Helden sein müssen. Wenn destruktive Kräfte eine Gesellschaft als Ganzes im Blick haben, kann nur die Mehrheit dem Einhalt gebieten.



Wie sieht es heute aus, in unserer Bundesrepublik – sechs Jahrzehnte leben wir in freiheitlicher Grundordnung? Im Jahr 2009 erschien eine Studie der Friedrich Ebert Stiftung mit dem bezeichnenden Titel „Demokratie? Nein, danke!“. Sie beschäftigt sich mit dem Phänomen der zunehmenden Politikverdrossenheit und untersucht den Zusammenhang zwischen den Erwartungen der Menschen an staatliches Handeln und der Art und Weise, wie in den vergangenen Jahren Reformen durchgeführt wurden.

Der Befund:

Unsere Demokratie funktioniert formal einwandfrei – und hat dennoch mit einer substantiellen Krise zu kämpfen. Viele Menschen sehen den „Sinn“ unseres politischen Systems nicht mehr und bescheinigen der Politik mangelnde Problemlösungskompetenz.

Die demokratischen Institutionen, vor allem die Parlamente führen sich heute selbst in Diskussionen um Globalisierung und ökonomische Standortsicherung als Gefangene der Materie vor. Politiker werden nicht als Gestaltende, sondern als Getriebene empfunden.

Der Staat hat aber aus Sicht der Bevölkerung eine zentrale Aufgabe bei Absicherung sozialer Risiken und insbesondere der Verminderung sozialer Schieflagen. Er gilt nach wie vor als der zentrale Akteur, der ungehinderte Marktkräfte so zu bändigen vermag, dass sie zum Wohle der Gesellschaft und aller in ihr lebender Menschen wirken. Wenn die Auffassung dominant wird, dass der Staat diese Aufgabe nicht erfüllt, wenden sich viele Menschen ab und zeigen sich der Politik überdrüssig oder sogar distanziert gegenüber der Demokratie selbst. Die Krise der Demokratie wird zur Krise der Beteiligungskultur, wird zur Krise der Politik. Dass unsere Demokratie automatisch weiter funktioniert, ist keineswegs ausgemacht. Es liegt in ihrem Wesen, dass sie auf Dauer nicht zu existieren vermag, wenn sie nicht gefühlt und gelebt wird. Sie ist keine Selbstläuferin, sondern auf aktives Engagement, Beteiligung und die Fähigkeit zur kritischen Reflexion angewiesen. Und entscheidend: sie muss in der Lebenswelt der Menschen verankert sein. Die Demokratie existiert zwar in Verfassungen und Parlamenten, doch lebendig bleiben kann sie nur in den Köpfen. Wir brauchen das Bewusstsein einer Kultur des demokratischen Entscheidens.

Die heutige Legitimationskrise hat mit ganz konkreten Erfahrungen der Menschen, dadurch mit Vertrauensverlust, zu tun. Dieser Vertrauensverlust dreht die Schraube von Demokratiedistanz und Politikverdrossenheit weiter.

Die Studie sieht das Hauptproblem in der Art und Weise, wie Politik gemacht wird:

„Die Sozialstaatsreformen der letzten Jahre wurden nicht aus der Perspektive von Betroffenen und Benachteiligten geplant und durchgeführt, sondern nach makroökonomischen Statistiken und Arbeitslosenzahlen, Lohnnebenkosten, Durchschnittslöhnen und demographische Daten. Die Politik, die sich von diesen statistischen Parametern leiten lässt, büßt – unabhängig von ihren guten oder schlechten Absichten – notwendig den Kontakt zur Lebenswelt der Betroffenen ein... Die gesellschaftliche Lebenswelt in der neuen kalten Marktgesellschaft des beginnenden 21. Jahrhunderts ist voll von subjektiven Perspektiven des Leidens am gesellschaftlichen Alltag. Doch die Perspektive der regierungsamtlichen Politik bleibt unverändert die von Experten und Kommissionen, die

nach bestimmten Wahrnehmungsmustern Politik planen und dann quasi alternativlos in den parlamentarischen Prozess einbringen. Dort können sie von redlich bemühten Parlamentariern höchstens noch abgemildert, aber nicht abgewendet werden...“

Was müssen wir daraus folgern? Die Spannung zwischen ökonomischen Interessen und der demokratischen Gemeinwohlorientierung durchzieht im Grunde alle liberalen Gesellschaften mit kapitalistischer Wirtschaft. Wenn unsere Gesellschaft aber ein demokratisch verfasster Lebenszusammenhang bleiben soll, der materielle und politische Teilhabe für alle sichert – dann muss sich Politik an übergeordneten Wertvorstellungen wie Gerechtigkeit, Gleichheit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und eben demokratischer Entscheidung orientieren. Unser Sozialstaatsprinzip der bundesrepublikanischen Ordnung war die bewusste Waage zwischen Gemeinwohlorientierung und – naturgemäß – egoistischen Marktkräften. Der Politikverdross wäre auch kaum zu erklären, wenn nicht im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger eine – durch die gegenwärtige Politik frustrierte – Vorstellung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit existieren würde.

Wie lautet die Herausforderung an die Politik: Sie darf nicht ratlos oder getrieben sein, sondern hat die Aufgabe, über den eigenen Schatten, vermeintliche Zwänge und Bedenkenträger zu springen.

Wissenschaft, Politik und Wirtschaft müssen in einer breit angelegten gesellschaftlichen Diskussion untersuchen, ob einige Parameter des Wirtschaftens nicht neu ausgerichtet werden müssen. Wir müssen uns als Industriegesellschaft zum Beispiel fragen, ob wir „Fortschritt“ nicht neu definieren müssen. Das Bruttosozialprodukt als alleiniger Maßstab führt uns in eine Falle. Kurzfristiges Denken in Quartalszahlen und die maximale Ausbeute und Zerstörung unserer Umwelt weisen den Weg in eine Sackgasse, nicht in die Zukunft.

Wie muss ein neuer, ganzheitlicher „Fortschritts-Indikator“ gestaltet sein, der Umweltgüter, Gesundheit, Bildung, soziale Sicherheit und Teilhabe einbezieht? Welche Folgen hat solch ein neuer Kompass für den Kurs von Wirtschaft und Gesellschaft?

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich gemeinsam mit den Grünen dafür ausgesprochen, dass der Deutsche Bundestag eine „Fortschritts-Enquete-Kommission“ einsetzt. Diese soll Vorschläge für grundlegende Konsequenzen aus der Wirtschaftskrise erarbeiten, um eine neue Qualität der wirtschaftlichen Entwicklung zu schaffen.

Die gesellschaftliche Diskussion um diesen Aspekt wird eine der wichtigsten und spannendsten für unsere Zukunft und unser politisches System.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Zukunft müssen einen Beitrag dazu leisten, die globalen Ungleichgewichte zu bekämpfen. Aus deutscher Sicht: die Binnennachfrage muss gestärkt werden. Wir brauchen eine verteilungspolitische Umkehr, um die Früchte des Wachstums stärker in realwirtschaftlich wirksame Ausgaben zu lenken, anstatt in riskante Finanzanlagen. Dies geht nur dann, wenn die Ungleichheit der Einkommen und des Vermögens in Deutschland, die auch im internationalen Vergleich sehr stark zugenommen hat, sich wieder zurückbildet. Hier wird deutlich, dass nachhaltige Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik zusammen gehören. Das Eine ist ohne das Andere nicht herstellbar. In der Tat die „alte“, im Grunde altehrwürdige Idee unserer Bundesrepublik: Wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Fortschritt müssen als zwei Seiten einer Medaille betrachtet werden.

Wir eröffnen heute eine Ausstellung eines Mannes, dessen Leben und Schaffen in seiner Substanz wie ein roter Faden im Erkenntnisgewebe zu unserer derzeitigen Demokratiekrise durchwirkt. Es ist ein wahrhaft großes Leben – denn es hat Ansprüche erfüllt, die überlebensgroß sind. Bonhoeffer hat sich entschieden, die engen Grenzen, die einem als Mensch im Dritten Reich auferlegt wurden, zu durchbrechen. Mit maximalem Risiko: den Verlust des irdischen Lebens – er hat sich für das ewige Leben entschieden. Es war die folgerichtige Variante, denn seine Werte waren zeitlos. Die Konsequenz jedoch, mit welcher er seinen Werten gefolgt ist, müssen wir als außergewöhnlich betrachten.

Wenn wir diesen Anspruch auf die Politik übertragen, dann werden nur wenige Akteure diesen bestehen. Die Forderung ist aber eindeutig: wenn wir uns als Gemeinschaft nicht an zeitlosen Werten wie Gerechtigkeit, der

Gleichheit im Recht und Solidarität orientieren, entziehen wir der Demokratie den ideellen Boden, auf dem sie aber nun einmal gebaut wurde.

In einem Spannungsbogen zwischen eigenen Zielen und Gemeinwohlorientierung wird sich die Zukunft unserer Gesellschaft entscheiden.

Wir haben gerade die Probleme unseres politischen Systems betrachtet. In der Studie zur Demokratiefrage gibt es unter anderem eine weitere Schlussfolgerung, dass „Nichtwähler“ und auch „Anhänger extremistischer Parteien“ sich innerlich fast oder bereits von unserem gesellschaftlichen und politischen System verabschiedet haben. Doch ist Politikverdrossenheit wirklich so einfach zu definieren, als dass man sie Gruppen zuordnen könnte? Können wir unsere Gesellschaft klar in Demokraten und Nichtdemokraten einteilen? Wenn Demokratie nicht einfach nur die Organisation von Wahlen ist oder ein mehr oder weniger bürokratischer Ablauf, sondern eine Haltung – an welchen Werten unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger machen wir demokratische Gesinnung fest?

Wenn gemeinwohlorientierte Politik an zeitlosen Werten ausgerichtet sein soll - wie sieht es in der Herzkammer der Demokratie aus – bei den Bürgerinnen und Bürgern?

2006 machte eine Untersuchung Furore, die sich genau damit auseinandergesetzt hatte. Der Titel glich der Erkenntnis: „Vom Rand zur Mitte“ - und gemeint war, welche inneren Einstellungen in der Mitte unserer Gesellschaft existieren, die in der Summe Rechtsextremismus ausmachen. Wie viel Rechtsextremismus existiert eigentlich in unserer Gesellschaft?

Untersucht wurden im Einzelnen:

- Der Grad an Befürwortung von Diktatur
- Chauvinismus – genauer gesagt die Überzeugung, dass die Menschen in Kategorien wie „höherwertig“ und „minderwertig“ eingeteilt werden können.
- Ausländerfeindlichkeit
- Antisemitismus
- Sozialdarwinismus
- Und schließlich die Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Den Ergebnissen dieser Studie zufolge müssen wir unsere Sicht auf Parteien und ihre Wählerschaft etwas korrigieren. Es ist eben nicht so einfach nach dem Motto „wer rechts denkt, wählt rechts“. Ein Fünftel der Wähler der zwei großen Volksparteien wiesen hohe Werte bei den Determinanten „Chauvinismus“ auf und ein Viertel bei „Ausländerfeindlichkeit“. Bei der LINKEN wiesen fast 30 Prozent ihrer Wählerschaft diesen Wert auf.

Mit dem Sozialdarwinismus hingegen hat sich eine ehemals liberale Partei in letzter Zeit zu profilieren versucht.

In Westdeutschland ist im Schnitt bei Wählern demokratischer Parteien der Antisemitismus weiter verbreitet als in Ostdeutschland.

Das Bild vom angeblich rechtsextremen Osten bekommt also Risse...

Vor dem Hintergrund der weiten Verbreitung einzelner Dimensionen des Rechtsextremismus in der Bevölkerung verwundert es nicht, dass sich Menschen mit rechtsextremen Einstellungen bei allen erfragten Akteuren der Demokratie wiederfinden lassen. Dies macht deutlich, dass der Rechtsextremismus kein Problem ist, das alleine durch Verfassungsschutz oder einzelne politische Gruppierungen zu lösen ist. Hier ist jede gesellschaftliche Institution gefragt, über Strategien gegen Rechtsextremismus nachzudenken und diese umzusetzen. Die Welt lässt sich also auch in diesem Fall nicht so einfach in klare Kategorien einteilen: die Glatzen in Springerstiefel im Osten der Republik, vorwiegend Jugendliche und solche die NPD-Wählen – so einfach ist es nicht. Wir hier, die drüben und wenn der Verfassungsschutz seinen Job macht, können wir ansonsten ruhig schlafen – so funktioniert es nicht, wenn wir unsere Demokratie leben wollen. Und das nicht nur in Deutschland.

Die jüngsten Wahlen in Ungarn mit einer starken faschistischen Partei im Parlament, die 17 Prozent der Stimmen erhielt, zeigen, dass heute Europa als Ganzes handeln muss, will sie den Anspruch der Wertegemeinschaft wahr machen.

Die Studie der Friedrich Ebert Stiftung „Vom Rand zur Mitte“ wollte aber noch tiefer gehen und Zusammenhänge zwischen Lebenswegen und der Anfälligkeit für Rechtsextremismus herausfinden. Diese gibt es in der Tat:

Für Rechtsextremismus anfällige Menschen fühlen sich weniger akzeptiert, sowie in ihrer Umgebung weniger wohl und sicher. Des Weiteren schätzen sie ihre eigene subjektive wirtschaftliche Situation schlechter ein. Zudem schätzen Rechtsextreme im Vergleich zu Nicht-Rechtsextremen die aktuelle wirtschaftliche Situation Deutschlands als schlechter ein.

Rechtsextreme Einstellungen werden in immer größerem Umfang vertreten, je geringer das individuelle Selbstwertgefühl ist, je größer die politische Einflusslosigkeit empfunden wird, je geringer die erfahrene Wärme im Elternhaus und je höher die Überforderung durch Vater und Mutter war. Menschen mit rechtsextremen Einstellungen sind eine sehr heterogene Gruppe. Für rechtsextreme Einstellungen ist entsprechend nicht nur eine Ursache auszumachen.

Der Begriff „Rechtsextremismus“ ist irreführend, weil er das Problem als ein Randphänomen beschreibt. Rechtsextremismus ist aber ein politisches Problem in der Mitte unserer Gesellschaft. In den Dimensionen des Rechtsextremismus zeigten Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus die höchsten Zustimmungswerte. Es folgt der Antisemitismus als ein sehr bedeutsames Merkmal rechtsextremer Einstellung, das immerhin von fast jedem zehnten Deutschen geteilt wird.

Hinsichtlich der Bildung und auch des Geschlechts lassen sich Unterschiede ausmachen. So stimmen Befragte mit hohem Bildungsabschluss den rechtsextremen Aussagen in der Regel seltener zu, wie auch Frauen seltener als Männer rechtsextremen Aussagen zustimmen.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist, insbesondere in Kommunen und im ländlichen Raum, sehr stark ordnungsrechtlich orientiert. Es wird auf die Präsenz von Polizei, Verboten, Repression, Hausordnungen, etc. gesetzt. Vor dem Hintergrund der vorgestellten Ergebnisse ist zu befürchten, dass diese Strategien bald nicht mehr tragfähig sind: Wenn die Träger einer rechten Bewegung in den zivilgesellschaftlichen Institutionen stärker präsent und nicht mehr bloße Randerscheinung, wie dies in einigen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsens bereits der Fall ist, muss sich die politische Handlung von einer ordnungspolitischen zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung entwickeln. Sie muss politisiert werden. Die Abgrenzung der Vertreter demokratischer Parteien von Rechtsextremen muss inhaltlich gelingen, nicht nur in der direkten Auseinandersetzung, sondern in der inhaltlichen Abgrenzung auf allen Politikfeldern.

Neben der direkten Konfrontation von demokratischen Inhalten mit rechtsextremen Inhalten müssen die sozioökonomischen Verhältnisse, die den Rechtsextremismus begünstigen, geändert werden. Das betrifft die Arbeitsmarktpolitik, Raumordnung, Wohnungsbau und Sozial- wie Bildungspolitik.

Ein klassisches Motiv der Rechtsextremen ist die „Sündenbock-Theorie“, nach der Minderheiten für negative Entwicklungen verantwortlich gemacht werden. Dies gilt heute insbesondere und beispielhaft auch im sozioökonomischen Bereich: Jede Form von Stigmatisierung von Arbeitslosen als zu faul, als nicht leistungsbereit, oder die periodisch auftretende Ahndung von Transferempfängern als Betrüger schafft ein Klima der Ungleichwertigkeit, das ein Nährboden für rechtsextreme Einstellungen sein kann. Auch die Stigmatisierung von Ausländern und Leistungsbezieher\*innen schafft eine „Hackordnung“, an deren unterstem Ende die Migranten stehen. Dies dürfen wir in einer Demokratie nicht zulassen.

Demokratie kann nur funktionieren, wenn die Menschen in die Lage versetzt werden, ihre Teilhabemöglichkeiten zu nutzen. Hier steht Bildung an erster Stelle, wie die Daten zum Rechtsextremismus deutlich machen. Aber Demokratie erlernen ist primär Erfahrungslernen: Erfährt man, dass man etwas ändern kann, glaubt man an Demokratie; erfährt man das Gegenteil, nützt auch politische Bildung wenig. Eine Demokratisierung der Bildungsinstitutionen ist deshalb zwingende Voraussetzung für die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Inhalten und Einstellungen.

Eine Möglichkeit hierfür ist das kooperative Lernen, das durch die Thematisierung von Vorurteilen, aber auch durch die Form des gemeinsamen Lernens demokratische Werte neben dem reinen Faktenwissen vermittelt. Dies beinhaltet aber auch Konsequenzen für die Lehreraus- und Lehrerweiterbildung, beispielsweise hinsichtlich der Menschenrechtserziehung und eben des kooperativen Lernens. Dies bedeutet auch, dass Lehrer Position zu undemokratischen und rechtsextremen Einstellungen beziehen und diese nicht „überhören“.

Es ist auch sicherlich notwendig, die Bemühungen um den Ausgleich familiärer Defizite zu verstärken, wofür Familienfürsorge ein Ansatzpunkt sein kann. Das bisher nur unzureichend ausgebaute Betreuungsangebot für Kinder in Kindergärten, Schulen und Kindertagesstätten macht nicht nur mit Blick auf die Entlastung der erwerbstätigen Eltern Sinn.

Auch der Ausgleich familiärer Defizite, die Aufnahme von demokratischen Erziehungsinhalten und -stilen kann dies begründen. Die Untersuchungsergebnisse belegen deutlich den Einfluss des elterlichen Erziehungsverhaltens sowohl auf spätere soziale Benachteiligung – die stark mit dem Selbstwert zusammenhängen – als auch auf rechtsextreme Einstellungen. Daraus folgt die Aufgabe, insbesondere Vätern die eigene Verantwortung für die Kindererziehung sowie die Notwendigkeit emotionaler Wärme im Umgang mit den eigenen Kindern zu vermitteln. Daher könnte die Förderung einer stärkeren Anteilnahme von Vätern an der Kindererziehung eine Aufgabe der Politik und Zivilgesellschaft sein.

Bildungsinstitutionen müssen auch in die Lage versetzt werden, ihren Bildungsauftrag wahrzunehmen. Integration muss von einem Sonderthema zum Querschnittsthema des Unterrichts gemacht werden. So müssten einerseits etwa die Lehrpläne auf ihre Würdigung der Einwanderungsgesellschaft hin überprüft werden. Aber andererseits dürfen Herausforderungen, die sich für unsere gesellschaftlichen Werte auf diesem Gebiet zeigen, nicht tabuisiert werden. Interkulturelle Konflikte, die leicht Nährboden für Rechtsextreme bilden, müssen aufgegriffen werden.

Kurz gesagt: Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus wird eine an den Menschenrechten orientierte Bildung und Erziehung benötigt, die vermittelt, dass Menschenrechte universell sind und für alle Menschen gelten.

Erinnern Sie sich an die Anschlagserie im Sommer 2000. Damals rief der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder zu einem „Aufstand der Anständigen“ auf. Am 23.05.2000, dem Tag des Grundgesetzes, wurde ein ‚Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus und Gewalt‘ gegründet, dem sich bis Ende 2002 neben den zuständigen Bundesministerien ca. 900 Gruppen und Einzelpersonen angeschlossen hatten; bis 2007 waren es über 1.300.

Wiederholte parteipolitische Diskussionen um die Finanzierung von Strukturprogrammen in den Folgejahren – bis heute - zeigt, dass dem Aufstand der Anständigen, der „Anstand der Zuständigen“ folgen muss (Äußerung Prof. Hajo Funke, Otto-Suhr Institut FU Berlin).

Wir brauchen einen langen Atem bei allen Maßnahmen. Schnelle Erfolge bei der Bewusstseinsveränderung in der Gesellschaft und bei der Entwicklung gemeinsamer Strategien wird es nicht geben. Bei alledem spielt der ermöglichende bzw. aktivierende Staat eine wichtige Rolle – z. B. durch die Bereitstellung von Infrastruktur (Räume etc.) für Bürgernetzwerke gegen Rechts oder durch Bildungsangebote, Beratung und Qualifizierung von Freiwilligen.

Um nochmals den Publizisten Heribert Prantl zu zitieren: „Zivilgesellschaft ist vitaler Verfassungsschutz“. Und ich füge hinzu: wir alle sind es, die über unser soziales Kapital entscheiden – und dies ist jeden Tag möglich. Gerade im Alltag: ob wir in Diskussionen chauvinistischen Äußerungen gelassen, aber bestimmt entgegnetreten, oder bei einem Gewaltverbrechen am helllichten Tag nicht verschämt wegsehen – dies alles ist aktive Demokratie.

Lassen Sie mich schließen mit einem Zitat; „Den größten Fehler, den man im Leben machen kann, ist, immer Angst zu haben, einen Fehler zu machen.“ (D. Bonhoeffer)

Natascha Kohlen, MdL  
Generalsekretärin der BayernSPD